

# Nationalpark-Besucher nicht gleich abschrecken

Hundseck: Ausschuss beschäftigt sich am 23. September mit weiterer Petition / Jörg Schmidt erneuert seine Kritik an Ministerium

**Ottersweier/Schwarzwaldhochstraße (red) – Der Petitionsausschuss des Landtags wird sich in seiner nächsten Sitzung am 23. September mit der Petition von Prof. Jörg Schmidt beschäftigen. Dies bestätigte Ausschussvorsitzende Beate Böhlen (Grüne).**

Der ehemalige Vizepräsident des Verwaltungsgerichtshofs fordert vom Land die Beseiti-

gung der Ruine Hundseck (wir berichteten). In einem Schreiben an den Leiter des Ministeriums für ländlichen Raum und Verbraucherschutz, Wolfgang Reimer, untermauert er sein Anliegen und reagiert zugleich auf ein Schreiben aus dem Ministerium. Schmidt bedauert darin, dass die von Minister Alexander Bonde (Grüne) mit der Beantwortung betrauten Bediensteten diese Aufgabe

„nur oberflächlich“ erledigen. Aus seiner langen richterlichen Tätigkeit sei ihm bewusst, dass eine Behörde „nur höchst selten Rechtsirrtümer“ eingestehe. Das Anliegen von Minister Bonde, immerhin der „Vater des Nationalparks“, müsse es sein, für eine Beseitigung des für jeden Betrachter nicht nur unbefriedigenden, sondern auch unerträglichen Zustands zu sorgen. Die von der Landes-

regierung bekundete Bereitschaft, städtebauliche Ideen aufzugreifen und gegebenenfalls zu unterstützen, lasse keine sinnvolle Reaktion auf sein Petition erkennen. Dem Ministerium sollte es vielmehr ein Anliegen sein, nicht nur Besucherzentren zu bauen, sondern zunächst im nördlichen Eingangsbereich des Parks Zustände zu schaffen, „die eines Nationalparks würdig sind und

die Besucher nicht abschrecken“.

Der Mannheimer Jurist beklagt zudem den „höchst oberflächlichen Umgang“ der Landesregierung mit „relevanten Fakten“. In einer von Staatssekretärin Gisela Splett verfassten Antwort auf eine Anfrage des Landtagsabgeordneten Tobias Wald (CDU) werde ausgeführt, dass das Landratsamt Rastatt „die Beseitigung des

Bauschutts...übernommen“ habe. Dagegen entnehme er, Schmidt, einer Stellungnahme des Landratsamts, dass „das nicht abtransportierte Abbruchmaterial...in den Keller verfüllt und verfestigt“ sei. Nunmehr, so Schmidt, präsentiere sich ein „unappetitlicher Schuttberg“. Dies alles sei kein Ruhmesblatt für eine von einem grünen Ministerpräsidenten geführten Landesregierung.